



Holger Apfel, MdB

## Rechtsstaat herstellen!

Wer als Dienstherr derart fahrlässig mit hochbrisantem Aktenmaterial umgeht wie der sächsische Innenminister Buttolo (CDU), der braucht sich nicht zu wundern, wenn manche seiner Mitbürger über eine solche Amtsführung – mit Recht – empört sind.

Nun ist man an Skandale, in die Behörden, Politiker und Verwaltung verwickelt sind, leider schon viel zu sehr gewöhnt. Allein die öffentliche Verschwendung, die der Bund der Steuerzahler Jahr für Jahr in seinem „Schwarzbuch“ der öffentlichen Verschwendung dokumentiert, wäre unter „normalen“ Verhältnissen eigentlich ein Grund für die Staatsanwaltschaft. Denn wer mit öffentlichen Geldern derart verschwenderisch umgeht wie bundesdeutsche Politiker, der gehört nicht auf einen Amtssessel, sondern vor Gericht und hinter Gitter.

Im Freistaat Sachsen geht es seit einigen Monaten nicht nur um viel Geld. Das ist zwar auch geflossen, und zwar als „Schmiermittel“ im jüngsten sächsischen Rotlicht- und Blaulicht-Skandal.

Aber was vermutlich noch viel schlimmer ist, ist die himmelschreiende Fahrlässigkeit, mit der vom sächsischen Innenminister über den Verbleib und die Aufbewahrung hochbrisanter Akten „gewacht“ wurde. Und zwar nicht nur unter dem jetzigen Amtsinhaber, dem CDU-Mann Albrecht Buttolo, sondern schon seit den neunziger Jahren.

Für den derzeitigen Innenminister wird die Sache nicht glimpflich ausgehen. Denn Buttolo höchstselbst trug als Dienstherr die Verantwortung dafür, daß mindestens 40 Aktenordner mit hochbrisanten Informationen von Angestellten seines Hauses geschreddert wurden. Auf wessen Anweisung? Wer mußte da wegsehen?

Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag stellte deshalb Strafantrag gegen Buttolo. Sie hält den Minister der Aktenvernichtung zum Zweck der Beweisvernichtung für schuldig – ein Delikt, das in Paragraph 133 des Stragesetzbuches als „Verwahrungsbruch“ auftaucht.

Nun müssen die Gerichte entscheiden. Die NPD-Fraktion will es jetzt wissen: ob wir mit der „Reißwolf-Politik“ leben müssen – oder ob wir noch in einem Rechtsstaat leben.

**Die Nationalen im Sächsischen Landtag vergessen die Opfer der etablierten Politik nicht. Im Juli-Plenum brachte die NPD-Fraktion deshalb einen umfangreichen Antrag ein, der sich besonders dem Thema „Kinderarmut und Arbeitslosengeld II“ widmet.**

Unter anderem fordert die NPD-Fraktion in dem Antrag, ein Förderprogramm zur Finanzierung eines einmaligen Schulbedarfs in Höhe von 200 Euro für jedes hilfsbedürftige Kind nach SGB zu erarbeiten, die Anrechnung von „Begrüßungsgeld“ und Geschenken zur Jugendweihe, Konfirmation und Erstkommunion als Einkommen bzw. Vermögen nach SGB II zu beenden, in Abstimmung mit den Landkreisen bis zum 1. Januar 2008 ein flächendeckendes Modell zur Einführung der Bürgerarbeit zu erarbeiten, bei dem ein Mindestlohn festgeschrieben wird, und eine Initiative der Staatsregierung, unverzüglich auf Bundesebene mit dem Ziel aktiv zu werden, das ALG II deutlich zu erhöhen, um es den deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander Delle

erläuterte den NPD-Antrag in seinem Debattenbeitrag: „Neben dem Aspekt, daß endlich eine sachgerechte Erhöhung des ALG II zu erfolgen hat, muß es vorrangiges Ziel sein, endlich Arbeit zu schaffen. Dabei kann das Modell aus Bad Schmiedeberg Anregungen bieten, wobei ich auch feststellen möchte, daß hier in einem bestimmten Maße Augenwischerei erfolgt. Dies schon allein aus der Tatsache heraus, daß trotz Arbeit, und damit verbunden auch höheren Kosten für z.B. Bekleidung, Arbeitswegen und dergleichen, die Einkommenssituation sich nicht verbessert. Durch die höheren Kosten tritt vielmehr sogar eine Verschlechterung ein. Von daher müßte – zumindest jeder Abgeordnete der Koalition – unserem Anliegen zustimmen.“

Erwartungsgemäß war dies natürlich nicht der Fall. Der NPD-Antrag wurde von den Etablierten unisono abgeschrieben. Die im Plenarsaal des Sächsischen Landtages anwesenden Besucher konnten sich so einmal mehr „live“ davon überzeugen, welche Fraktion es mit den sächsischen Wählern gut meint und welche nicht...



Alexander Delle, MdB

## Kommunale Daseinsvorsorge – Kernaufgabe der sächsischen Gemeinden

NPD-Fraktion: Nein zur Privatisierung der Leipziger Stadtwerke / „Sicherheit gegen Ausbeutung und Heuschrecken!“

**Vor dem Hintergrund der Teilprivatisierung der Leipziger Stadtwerke brachte die NPD-Fraktion einen zukunftsweisenden Antrag im Sächsischen Landtag ein, in dem das Eintreten des Freistaats für den Erhalt einer unabhängigen kommunalen Daseinsvorsorge, insbesondere für den Verbleib der Stadtwerke unter kommunaler Kontrolle, gefordert wird.**

In dem Antrag wird die sächsische Staatsregierung darum ersucht, der Privatisierung von Stadtwerken mittels Finanzhilfen und/oder Gesetzesinitiativen entgegenzuwirken, zumindest aber ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß es auf jeden Fall nur zur Beteiligung von Unternehmen und Geldgebern mit überwiegend sächsischer Verankerung und mit Gesellschaftsanteilen von weniger als 50 Prozent kommt.

Außerdem will die NPD-Fraktion erreichen, daß sich die Staatsregierung auf Bundesebene für faire Wettbewerbsbedingungen für die kommunalen Betriebe einsetzt, und zwar insbesondere in der Form, daß die sogenannte

Anreizregulierungsverordnung im Bundesrat nur in einer Form beschlossen wird, die kommunale Anbieter im Wettbewerb stärkt.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der NPD, Alexander Delle, sagte bei

der Einbringung des Antrags: „Die Infrastruktur zur Bereitstellung der existentiellen Grundleistungen eines Gemeinwesens, also die Energie-, Wasser- und Verkehrsinfrastruktur, muß nach unserer Überzeugung unter allen Um-

ständen unter kommunaler Kontrolle bleiben, denn sie ist aus verschiedenen Gründen ein unverzichtbarer Teil kommunaler Selbstbestimmung.“

Außerdem stärke die kommunale Kontrolle über die Energie-, Wasser und Verkehrsinfrastruktur die regionale Wirtschaft, denn im Gegensatz zu den Konzernen seien die Kommunen bestrebt, Bau-, Instandhaltungs- und Serviceaufträge vorwiegend an heimische Betriebe zu vergeben.

Die Redner der etablierten Fraktionen überboten sich in der anschließenden Debatte einmal mehr an demonstrierender Unsachlichkeit. Bezeichnenderweise verweigerte die Linksfraktion die Beteiligung an der Debatte – kein Wunder, da auch die DIE LINKE in Leipzig nur halbherzig gegen die Teilprivatisierung der Stadtwerke eintritt.

Der Antrag der NPD wurde mit den Stimmen der etablierten Fraktionen abgelehnt.



Die Energieversorgung ist für die Kommunen da – nicht für die Börsen!

# Wie kriminell sind Sachsens Ausländer?

## Mackenroth-Zahlen bestätigen NPD-Warnungen

Manchmal kann die Konfrontation mit der Wirklichkeit ganz schön herb sein. Zum Beispiel, was das Thema „Ausländerkriminalität“ angeht. Das sächsische Justizministerium hatte am 6. August 2007 mitgeteilt, daß der Anteil ausländischer Häftlinge in Sachsen bei stattlichen 12,5 Prozent liegt. Justizminister Geert Mackenroth hatte die Zahlen als Beleg dafür gewertet, daß der von „Populisten rechtsextremer Parteien“ immer wieder gestreute „Pauschalverdacht“ der „Ausländerkriminalität“ nun „widerlegt“ sei.

Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall. Nicht nur können sich jetzt alle bestätigen sehen, die schon immer vor der Kriminalität ausländischer „Mitbürger“ gewarnt hatten. Sondern auch die Forderung nach Beibehaltung der Schengen-Grenzen gegenüber den sächsischen Nachbarländern Polen und Tschechische Republik ist im

Licht der jüngsten Zahlen akтуeller denn je.

NPD-Fraktionsvorsitzender Holger Apfel erklärte denn auch: „Nach aktuellem Bericht der sächsischen Ausländerbeauftragten liegt der Ausländeranteil im Freistaat Sachsen bei zirka zwei Prozent, der Anteil der Ausländer in Sachsens Haftanstalten jedoch bei sage und schreibe 12,5 Prozent – also bei mehr als dem Sechsfachen des Ausländeranteils. Die neuen Zahlen aus Sachsens Haftanstalten sind also keine Widerlegung jener, die vor der Ausländerkriminalität warnen, sondern eine dramatische Bestätigung ihrer Warnungen.“

Der Umstand, daß polnische Häftlinge mit 13,7 Prozent den höchsten Anteil unter den ausländischen Inhaftierten ausmachen, stütze zudem die NPD-Forderung nach der Beibehaltung der sächsischen Schengen-Außengrenzen zu Polen und zur Tschechischen Republik.



Noch wenige Ausländer in Sachsen, aber überproportional viele ausländische Kriminelle in sächsischen Gefängnissen

**Der Volksmund kennt das Wort vom Bock, der zum Gärtner gemacht wird. Dieser Vergleich drängt sich auf, wenn vom Untersuchungsausschuß des Sächsischen Landtages zur jüngsten Korruptionsaffäre die Rede ist. Denn einerseits werden ihm nur Abgeordnete des Sächsischen Landtages angehören – mithin Parteifreunde einiger hoher Polit-Tiere im Freistaat, die offenbar viel Dreck am Stecken haben.**

Und zum anderen sind einige der Abgeordneten, die dem U-Ausschuß nach dem Willen der Altparteien-Fraktionen angehören, selbst alles andere als unbeschriebene Blätter. Etwa die ehemaligen Stasi-Zuträger Klaus Bartl und Volker Külöw, die von der Linksfraktion benannt wurden. Beide Kandidaten wurden von der NPD-Fraktion abgelehnt – Bartl schon deshalb, weil er immer wieder versucht hatte, die Aufklärungsbemühungen der Nationalen in ein schiefes Licht zu rücken.

**Als erstes hatte den Ausschuß übrigens die NPD-Fraktion gefordert – als andere noch fleißig mit dem Vertuschen beschäftigt waren.**

Es ist deshalb ein handfester Skandal, daß die meisten Medien jetzt so tun, als säßen im Ausschuß nur lauter wildentschlossene Aufklärer. Pustekuchen.

Und noch ein Skandal: eingesetzt werden konnte der U-Ausschuß am Ende nur deshalb, weil sich die Abgeordneten der Regierungsfractionen von CDU und SPD ihrer Stimmen enthielten – ein entlarvendes Verhalten. Warum haben ausgerechnet die beiden „staatstragenden“ Fraktionen des Sächsischen Landtages so wenig Interesse am Untersuchungsausschuß?

# Sächsische Korruptionsaffäre: Einfach unappetitlich!

## NPD-Fraktion ohne Wenn und Aber für Untersuchungsausschuß



Einige Abgeordnete gingen sogar noch weiter und lehnten die Einsetzung des Ausschusses rundweg ab. Zum Beispiel der frühere sächsische Innenminister Heinz Eggert (CDU). Seine Haltung ist verständlich, denn Eggert soll im bisher gesammelten Belastungsmaterial selbst genannt sein und wurde zudem schon in einem früheren Prozeß gegen einen Kinderschändering von einem Zeugen belastet...

So oder so: Die Affäre um Rotlicht und Blaulicht im Freistaat nimmt immer unappetitlichere Züge an. Mit Recht sprach der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel in seinem Debattenbeitrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses von einer „Staatskrise“. Gansel wörtlich an die Adresse des Justiz- und des Innenministers:

„Herr Mackenroth, Herr Buttolo, mal Hand aufs Herz: Wie viel Zeit brauchen die Ihnen unterstehenden Behörden denn noch, um alles beweiskräftige Aktenmaterial im Reißwolf verschwinden zu lassen? Wie viel Zeit müssen Sie noch schinden, bis ein Alibi-U-Ausschuß eingerichtet werden kann, der dann wegen des vorherigen Schredder-Marathons nicht mehr auf Spurensuche in der Sumpflandschaft gehen kann?“

Jetzt helfe nur noch eines: den „Saustall, den die etablierte Politik und ihr Anhang in den Behörden aus Sachsen gemacht hat, mit dem politischen Hochdruckreiniger zu säubern. Gerade die sächsische CDU hat doch bei der letzten Landtagswahl die schmerzhafteste Erfahrung gemacht, daß der Stimmzettel auch zum Straftzettel werden kann.“

# Böser Wolf

Daß die sogenannten „demokratischen“ Fraktionen im Sächsischen Landtag in trauter Eintracht mauern, wenn es um Vorschläge der Nationalen geht, ist nichts Neues. Staunen kann man manchmal nur über die Verrenkungen, derer es bedarf, wenn es um die Ablehnung grundsolider NPD-Anliegen geht.

Beim jüngsten Hartz-IV-Antrag der Nationalen war es wieder einmal so weit. Diesmal mußte wieder die „Antifa“-Keule herhalten. Denn wenn schon sonst alles gut und vernünftig ist, was im NPD-Antrag drinsteht, dann müssen es wenigstens die Antragsteller selber sein, die eine Zustimmung der selbsternannten „Demokraten“ – leider! – unmöglich machen.

So gestand der SPD-Redner Johannes Gerlach der NPD-Fraktion zwar zu, daß sie mit ihrem Antrag „zu ihrem Wort“ aus Wahlkampfzeiten stehe, und sich an die „Seite des Volkes“ stelle – aber es frage sich halt, „welches“ Volkes. Denn: Solidarität mit den Interessen des deutschen Volkes ist in den Augen der Etablierten nun mal ein Unding.

Ähnlich äußerte sich das LINKE-Küken Julia Bonk. Auch sie mag es bekanntermaßen nicht, Bonk wenn sich deutsche Abgeordnete für die Lebensinteressen ihrer deutschen Mitbürger starkmachen. Prompt maulte Fräulein Bonk denn auch, daß „Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut dringend geboten“ seien, aber: „Auch im braunen Anzug bleibt der Wolf ein Wolf, und zwar ein ganz besonders gefährlicher.“ Deshalb: Njet!

Was soll man da sagen? Wen die Götter verderben wollen, strafen sie mit Blindheit, wußte man in der Antike.



# „Große Mogelpackung“

## NPD-Anhörung zum „Kampf gegen Rechts“

Der bundesdeutsche Rechtsstaat „hält nicht, was er verspricht“. So lautete das Fazit einer öffentlichen Expertenanhörung, zu der die NPD-Fraktion vor der Sommerpause in den Sächsischen Landtag eingeladen hatte. Thema: „Verfassungsrechtliche Überprüfung der Bundes- und Landesförderung von Projekten des sogenannten Kampfes gegen Rechts“.

Hintergrund ist die Tatsache, daß die mittlerweile wie Pilze aus dem Boden schießenden Förderprogramme „gegen Rechts“ unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten mehr als fragwürdig sind. Der von den Nationalen benannte Sachverständige, Dr. Björn Clemens, ging gleich in seinem Eingangsplädoyer auf die Problematik ein und kritisierte insbesondere Verstöße gegen die rechtliche Grundordnung, nämlich gegen das Demokratieprinzip (Art. 20 GG), das

Parteienprivileg (Art. 21 Abs. 1 GG) und das Gleichbehandlungsprinzip (Art. 3 GG) sowie die Verschleierung staatlichen Handelns durch eine Vielzahl von „Initiativen“, die der äußeren Form nach privatrechtlicher Natur sind, in Wirklichkeit aber von staatlichen Stellen initiiert, finanziert und zum großen Teil auch gelenkt werden (wie etwa das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“, das wie eine Behörde des

Bundesinnenministeriums geführt wird).

Als besonders krasses Beispiel für politische Agitation unter dem Deckmantel staatlicher Behörden verwies Clemens auf die 284 Seiten starke, von der Polizeidirektion Leipzig herausgegebene Broschüre „Hinter den Kulissen“, in der offen Propaganda gegen die NPD als im Sächsischen Landtag vertretene Partei betrieben wird.

Im Anschluß an die Fragestunde, die von den beiden NPD-Abgeordneten Gansel und Despang bestritten wurde, bilanzierte Clemens, daß der Staat im Zuge des sogenannten „Kampfes gegen Rechts“ in einen Widerspruch zu seinen eigenen Prinzipien gerate und als Staat nicht mehr das halte, was er verspricht. Der öffentlich finanzierte Kampf gegen eine politische Grundrichtung sei staatsrechtlich gesehen eine „große Mogelpackung“. Was zu beweisen war.



So sieht die „inhaltliche Auseinandersetzung“ mit der NPD aus...

# René Despang zeigt Gesicht

## Abgeordnetenbüro in Dresden eröffnet



Die Nationaldemokraten im Sächsischen Landtag zeigen Präsenz: Im Dresdner Ortsteil Pieschen eröffnete kürzlich der Abgeordnete René Despang (Bild: im Gespräch mit Bürgern) sein Abgeordnetenbüro und lud aus diesem Anlaß zu einer gut besuchten Einstandsparty ein. Das Pieschener Büro steht Dienstag bis Donnerstag und nach Vereinbarung Interessenten und Bürgern als Anlaufstelle für Fragen, Probleme und Beratung zur Verfügung – und wird, wie zu hören ist, auch schon rege in Anspruch genommen (Anschriß: Osterbergstraße 14, 01127 Dresden, Tel. 0351 / 32 31 880, Fax: 0351 / 32 31 881; Internet: www.rene-despang.de, E-Post: rene.despang@slt.sachsen.de)

„KLARTEXT“-INTERVIEW

# „Ständiger Kontakt mit dem Bürger ist wichtig!“

Winfried Petzold, MdL, über Stasi-Unrecht, den sächsischen Korruptionssumpf und die Arbeit im Ausschuß

**Frage:** Herr Petzold, Sie sind seit Beginn der Legislaturperiode in mehreren Ausschüssen vertreten, im Petitionsausschuß, im Bewertungsausschuß sowie seit Januar 2006 im Ausschuß Verfassung, Recht, Europa. Können Sie uns kurz einige Aspekte Ihrer Ausschußarbeit schildern?

**Petzold:** Jeder Bürger hat das Recht, sich mit Petitionen, also Eingaben, an den Sächsischen Landtag zu wenden. In meiner Arbeitsgruppe erhalte ich Eingaben im sozialen Bereich sowie zu Fragen von Rundfunk- bzw. Studiengebühren. Angesichts vieler Eingaben wird immer wieder deutlich, wieviel Leid und Not sich unter deutschen Dächern verbergen. Zugleich sind diese Nottfälle deutscher Mitbürger Ansporn und Verpflichtung für unseren politischen Kampf.

Der Bewertungsausschuß beschäftigt sich mit der Überprüfung aller gewählten Abgeordneten auf eine mögliche Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit in der früheren DDR, so wie es die Verfassung des Freistaates Sachsen vorsieht. Allerdings sind die gesetzlichen Vorgaben so gestaltet, daß sich ein wirklich konsequentes Vorgehen gegen belastete Personen als außerordentlich schwierig erweist. Von Seiten des sogenannten „Rechtsstaates“ Bundesrepublik besteht kein echtes Interesse an einer gerechten Bestrafung der Täter des DDR-Regimes.

Unterstützt durch den parlamentarischen Beratungsdienst der Fraktion, konnte ich mich in die teilweise schwierige Materie des Ausschusses Verfassung, Recht, Europa einarbeiten. Vor den Ausschußsitzungen finden Besprechungen statt, in deren Rahmen zu jedem Tagesordnungspunkt eine entsprechende Positionierung der NPD erarbeitet wird.

**Frage:** In der schwierigen Phase vor zwei Jahren, im Dezember 2005, als drei Abgeordnete mit tatkräftiger Unterstützung des sogenannten Landesamtes für „Verfassungsschutz“ die NPD-Fraktion verließen, trugen Sie wesentlich zum inneren Zusammenhalt der Fraktion bei, so daß diese ihre Arbeit kontinuierlich fortsetzen konnte. Was empfehlen Sie heute im Rückblick auf die damalige Situation?

**Petzold:** Wichtig ist vor allem, eines zu erkennen: Es ist der Spitzelbehörde „Verfassungsschutz“ nicht gelungen, die Fraktion zu spalten oder in ihrer Arbeit zu stören. Das wird auch in Zukunft nicht gelingen. Jeder Abgeordnete, jeder Mitarbeiter arbeitete pflichtbewußt und sachorientiert weiter. Wir empfinden den Zusammenhalt heute stärker denn je. Von den drei Aussteigern spricht heute niemand mehr, sie sitzen ihre Zeit im Plenum oder in den Ausschüssen ab, wenn sie nicht ohnehin durch Abwesenheit glänzen. Was bleibt, ist die menschliche Enttäuschung über einen Verrat, der nicht vergessen wird.

**Frage:** Herr Petzold, Sie standen vor kurzem in der Kritik seitens der LINKEN bezüglich mehrerer Kleiner Anfragen, die sich mit Vorwürfen gegen leitende Polizeibeamte im Zusammenhang mit der Korruptions- und Bestechungsfäre im Freistaat Sachsen beschäftigen. Ausgerechnet Abgeordnete mit Stasi-Belastungen wollten Ihnen unläutere Motive unterstellen. Wie haben Sie darauf reagiert?

**Petzold:** Tatsächlich wurden mir im Rahmen meiner Tätigkeit als Abgeordneter Hinweise über Vorwürfe gegen leitenden Polizeibeamte bzw. gegen deren V-Leute bekannt. Dabei ging es um strafbare Handlungen gerade von sogenannten „Vertrauenspersonen“, die durch deren Vorgesetzte gedeckt, ja sogar gefördert worden sein sollen.

Diesen Hinweisen bin ich nachgegangen, wie es meine Pflicht als nationaler Abgeordneter ist. Die Staatsregierung hat meine Anfragen beantwortet, alles Weitere ist Sache der zuständigen Ermittlungsbehörden. Merkwürdig ist nur, welches Zusammenspiel nach Bekanntwerden meiner Anfragen in der Öffentlichkeit noch vor der Antwort der Staatsregierung zwischen unmittelbar Betroffenen, einem Abgeordneten der LINKEN und einer BILD-Redakteurin erkennbar wurde. Wirkt hier vielleicht eine alte SED/MfS-Seilschaft nach? Diese Frage könnte sich tatsächlich aufdrängen.

Die in Sachsen aufgedeckten Vorgänge um Korruption, Vorteilsnahme und kriminellen Machenschaften im Zusammenhang mit Immobilien, Prostitution und ungeklärten



Winfried Petzold wurde 1943 in Breslau (Schlesien) geboren, ist verheiratet und hat einen Sohn. Gelernter Aufzugsmonteur, kaufmännische Ausbildung, 20 Jahre selbstständig als Gastronom, zuletzt Geschäftsführer eines Restaurants, MdL seit 2004. Parteilos bis zur Wende, 1989 Eintritt bei den Republikanern, 1991 bis 1993 Landesvorsitzender, 1995 Eintritt in die NPD, seit 1998 NPD-Landesvorsitzender der Sachsen.

Todesfällen sind letztlich Anzeichen für eine nicht mehr zu vertuschende Systemkrise. Für eine notwendige nationale und soziale Wende müssen wir Deutsche wieder Herr im eigenen Haus werden und selbstbewußt deutsche Interessen vertreten.

**Frage:** Was sind Ihre persönlichen politischen Schwerpunktthemen? Wo wollen Sie in Ihrer politischen Arbeit Akzente setzen?

**Petzold:** Da ist in erster Linie der Schutz der Bürger- und Freiheitsrechte für Deutsche, wozu in erster Linie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit zu nennen ist. Daher beziehe ich auch immer wieder Position gegen den Ausbau des Überwachungsstaates in der Bundesrepublik.

Wichtig bleibt auch der Einsatz für ein nationales Aufbauprogramm als Weg aus der Hartz-IV-Gesellschaft, wozu natürlich auch die Existenzsicherung durch eine leistungsgerechte Entlohnung zählt. Wofür ich mich ebenfalls verstärkt einsetze, ist die Aufarbeitung immer noch fortbestehenden DDR-Unrech-

tes. Wie viele Menschen wurden durch alte Seilschaften auch nach der Teilvereinigung um ihre Rechte, um Haus und Hof betrogen. Dabei versuche ich mittels parlamentarischer Initiativen Öffentlichkeit herzustellen, um Abhilfe möglich zu machen.

**Frage:** Sie haben bisher weit über 600 Kleine Anfragen zu den unterschiedlichsten Themen im Sächsischen Landtag gestellt und liegen damit fast an der Spitze aller 124 Abgeordneten. Woher beziehen Sie die Anregungen für Ihre Initiativen?

**Petzold:** Durch meine Tätigkeit als Abgeordneter komme ich mit vielen Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Bereichen in Berührung. Dabei erhalte ich Einblicke in die verschiedensten Lebenssituationen. Außerdem kann ich auf sehr gute Mitarbeiter zurückgreifen. Das Wichtigste aber bleibt der ständige Kontakt mit dem deutschen Bürger, das heißt: offen sein für die Probleme, Sorgen und Nöte unseres Volkes. Hier liegt letztendlich der Schlüssel für jede erfolgreiche nationale politische Arbeit.

## Tourismyslüge – endgültig widerlegt

**Man erinnert sich: Nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag vor fast zwei Jahren argwöhnten etablierte Meinungsmacher allen Ernstes, wegen des Parlamenteinziges der Nationaldemokraten würden im Freistaat die Touristen wegbleiben.**

löst sich endgültig eine der dreistesten Propagandalügen auf, die von Politik und Medien im Kampf gegen die NPD genutzt wird, nämlich die von der angeblich abschreckenden Wirkung von NPD-Erfolgen auf potentielle Touristen. Wenn man noch berücksichtigt, daß in Mecklenburg-Vorpommern die Übernachtungszahlen im Jahr nach dem NPD-Landtagseinzug geradezu explodierten, möchte man über die völlig haltlosen Schauermärchen der Etablierten eigentlich nur noch loslachen.

Voll daneben, kann man nur sagen. Denn wenn man sich die jüngste Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes in Kamenz zu den Übernachtungszahlen in der abgelaufenen Wintersaison 2006/07 ansieht, scheint die parlamentarische Präsenz der nationalen Opposition eher ein Touristenmagnet zu sein. Demnach haben im Verlauf der ersten sechs Monate mit 2,44 Millionen Besuchern zwei Prozent mehr Urlauber ihre Ferien im Freistaat verbracht als noch in der Vorsaison. Dieser Zuwachs ist nach Angaben des Statistischen Landesamtes besonders beachtlich, da die Wintersportgebiete im Erzgebirge wegen des Schneemangels ein Minus zu verzeichnen hatten.

Ich bin schon gespannt, welche Schauermärchen nach der geplatzten Lüge von angeblich ausbleibenden Touristen und angeblich ausbleibenden Investitionen im Falle von NPD-Erfolgen sich die Politik vor den anstehenden Wahlen ausdenkt, um die Bürger von der Wahl der Nationaldemokraten abzuhalten!

Der sächsische NPD-Fraktionschef Holger Apfel erklärte zu den neuesten Zahlen aus Kamenz: „Damit

Übrigens: Auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Nationaldemokraten in einem zweiten deutschen Landtag sitzen, gehen die Übernachtungszahlen steil nach oben – im März 2007 im Vergleich zum Vorjahresmonat um stattliche 30 Prozent.

## Acht Prozent

Zuletzt konnte auch die renommierte FAZ ihre Augen nicht länger vor der Wirklichkeit verschließen: Unter der vielsagenden Überschrift „Gefühlte Volkspartei“ widmete das Blatt aus Frankfurt der sächsischen NPD in der Ausgabe vom 30. Juli 2007 einen ganzseitigen Bericht über deren Wiedererstarken im Freistaat.

ge die NPD in Sachsen bei glatten acht Prozent gesehen – einer der besten Werte, der jemals für die NPD im Freistaat erfragt wurde.

Auch abgesehen von der NPD-Zahl bietet die Umfrage Überraschungen: Während sich „Die Linke“ auf 26 Prozent steigern kann, fällt die SPD auf nur noch acht Prozent ab – ein historisches Tief für die sächsischen Genossen.

Damit bewiesen allerdings auch Schirmmacher und Co. nur, daß sie richtig informiert sind. Denn erst kurz zuvor hatte eine Forsa-Meinungsumfra-



## Den Bund fürs Leben

... schlossen am 21. Juli auf dem Standesamt in Riesa dem Ständesamt in Riesa NPD-Fraktionschef Holger Apfel und Jasmin Langer (Bild). Nach dem „offiziellen“ Teil lud das frischgebäckene Brautpaar zur Feier in stilvollem Ambiente nach Dresden. Natürlich gab es viele gute Wünsche von alten und jungen Weggefährten des jungvermählten Paares, unter anderem von Parteichef Udo Voigt, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden Sascha Roßmüller

und vom NPD-Fraktionschef im Schweriner Landtag, Udo Pastörs.

Nationale Solidarität mit der Hochzeitsgesellschaft bewies auch Petrus, der den ganzen Tag über schönsten Sommerwetter beisteuerte. Alles in allem ein gelungenes Fest – und eine handfeste politische Botschaft: Nationale führen eine aktive Familienpolitik nicht nur im Munde, sondern praktizieren sie auch. Die „Klartext“-Redaktion wünscht: Glückauf und viel Segen!

## „Gesamtdeutsches Ereignis“

NPD-Fraktion würdigte den 17. Juni 1953

Ehrensache: Auch in diesem Jahr beteiligte sich die NPD-Fraktion wieder an der Dresdner Gedenkveranstaltung zum mitteldeutschen Volksaufstand am 17. Juni 1953. Die Fraktion forderte in diesem Zusammenhang, dem Gedenken an den Arbeiteraufstand in der DDR einen „würdigen Platz in der deutschen Erinnerungskultur“ einzuräumen.

Als einzige der im sächsischen Landtag vertretenen Fraktionen legte für die NPD-Fraktion der Landtagsabgeordnete René Despang einen Kranz an der Gedenktafel für die Aufständischen des 17. Juni 1953 am Dresdner Postplatz nieder (Abbildung links).

Der Postplatz im Zentrum der Stadt war der Mittelpunkt des Aufstandes vieler Dresdner gegen die SED-Diktatur.

Am Abend des 17. Juni 1953 wurden die Aufständischen von sowjetischen Truppen und Kasernierter Volkspolizei auseinandergetrieben und verhaftet. Die Führer des Aufstandes – vom Gedenkredner Bürgermeister Winfried Lehmann (CDU) völlig unpassend im DDR-Jargon als „Rädelführer“ bezeichnet – wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.



# „B 169 und B 172 zügig ausbauen!“

## NPD-Fraktion will Fernstraßen fertiggebaut sehen

Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag steht für eine „bürgerfreundliche, unideologische Verkehrspolitik. Deshalb sprachen sich die sächsischen Nationalen jetzt auch für den zügigen Ausbau einiger Fernstraßenprojekte im Freistaat aus – zumal wenn es nur noch um einige nicht fertiggestellte Teilstücke geht.

Konkret geht es um die B 169 zwischen Riesa und der A 14 und die B 172 bei Pirna. Dazu NPD-MdL René Despang in seinem Debattenbeitrag: „Es ist doch widersinnig, daß einzelne Teilstücke von bereits fertiggestellten

Fernstraßen nicht zügig gebaut werden und damit die Funktion der gesamten jeweiligen Fernverbindung beeinträchtigt wird. Außerdem darf die Fertigstellung wichtiger Ortsumgehungen nicht weiter hinausgezögert werden – und zwar sowohl im Interesse der betroffenen Anwohner wie auch im Interesse der Allgemeinheit. Hier wäre es nur recht und billig, wenn der Bau nunmehr durch eine Vorfinanzierung aus Landesmitteln so rasch als möglich realisiert würde.“

Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU- und der SPD-Fraktion abgelehnt.

# „Bleiben Sie standhaft, Frau Höhler!“

## NPD weist Anwürfe gegen Kohl-Beraterin zurück

Vor den Auswüchsen der „political correctness“ ist niemand sicher. Jetzt hat es die ehemalige Kohl-Beraterin und Deutsche-Bank-Vorständlerin Prof. Dr. Gertrud Höhler erwischt. Gegen sie schoß kürzlich der nordrhein-westfälische FDP-Bildungsminister Andreas Pinkwart, nachdem bekannt wurde, daß Frau Höhler Vermieterin des Bürgerbüros des NPD-Landtagsabgeordneten Peter Klose in Zwickau ist. Frau Köhler solle deshalb ihren Posten im Hochschulrat

der Uni Paderborn räumen. Die sächsische NPD-Fraktion sieht im Mobbing gegen Frau Höhler ein nachgerade „stalinistisches“ Gebilde der einschlägigen Meinungsmacher. Fraktionschef Holger Apfel erklärte: „Jürgen Möllemann, der von Pinkwart vor fünf Jahren auf schmutzige Art und Weise aus dem Amt des Landesvorsitzenden gemobbt und in den Tod getrieben wurde, würde sich im Grab umdrehen angesichts der offenen Demokratie- und Freiheitsverachtung heutiger „Liberaler.“



Peter Klose, MdL



# „Kein Gen-Mais auf unseren Feldern!“

## NPD-Fraktion forderte Unterpflügen von genmanipuliertem Mais MON 810

Die Nationalen im Sächsischen Landtag sind gegen den schleichenden Siegeszug der Gentechnik auf heimischen Äckern. Deshalb schloß sich die NPD-Fraktion einem entsprechenden von der Linksfraktion eingebrachten Antrag an und stellte dazu einen eigenen, ungleich weitergehenden Änderungsantrag.

Denn: Während die Genossen nur eine Aussetzung des Anbaus der gentechnisch veränderten Maissorte MON 810 fordern, sprach sich die NPD-Fraktion für das sofortige Unterpflügen des vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit als „gefährlich“ eingestuft

Gen-Mais aus. Außerdem ersucht die NPD-Fraktion die Staatsregierung, sich auf Bundesebene für ein nationales Einfuhrverbot der Maissorte einzusetzen und eine Verlängerung der europaweiten Zulassung von MON 810 durch die EU-Kommission zu verhindern.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Müller erklärte bei der Einbringung des Antrags: „Wir wollen kein zeitlich begrenztes Moratorium, nein – wir wollen dauerhaft keine Gentechnik auf unseren Äckern. Wir fordern ein generelles Verbot von gentechnisch verändertem Mais wie MON 810. Andere Länder in Europa haben diese Verbote längst erlassen, auch

gegen den Druck der EU, der WTO, der Agro-Konzerne oder des amerikanischen Außenministeriums. Österreich, Ungarn, Griechenland und selbst Polen haben bereits die entsprechenden nationalen Sanktionen für MON 810 erlassen. Deutschland und gerade auch der Freistaat Sachsen sind aber immer noch ein riesengroßes Freiluftlaboratorium für Genmais.“

Bei den etablierten Fraktionen stießen diese Argumente allerdings auf taube Ohren. Besonders skurril, was FDP-Redner Tino Günther von sich gab. Er behauptete allen Ernstes, die NPD habe deshalb „Angst“ vor dem Gen-Mais, weil dieser „nicht so schnell braun“ werde...

# Ja zur Volkswahl!

Seltener Zuspurch, diesmal vom Bundespräsidenten. Denn in einer der letzten Sendungen der Sonntags-Quasishow „Sabine Christensen“ vertrat das deutsche Staatsoberhaupt vor laufender Kamera die Position, daß der Bundespräsident besser vom Volk in direkter Wahl gewählt werden sollte.

Eine uralte NPD-Forderung, wie der stellvertretende sächsische Fraktionschef Dr. Johannes Müller feststellt. Denn, so Müller: „Wir haben immer wieder – auch in diesem Haus – klargemacht, daß wir der politischen Ordnung der Bundesrepublik einen eklatanten Mangel an wirklicher Volksherrschaft vorwerfen, da volksfremde Parlamentarier in abgehobenen Parlamenten systematisch am Volkswahl und Volkswillen vorbeiregieren.“

Weiter erklärte Müller: „Der Denkanstoß von Bundespräsident Köhler zu einer Anlaß so lliche A n l a ß g r u n d s ä t z l i c h e n D e b a t t e ü b e r d i e z a h l r e i c h e n F e h l e n d w i c k l u n g e n, E r s t a r r u n g e n u n d z u r K o r r u p t i o n e i n l a d e n d e n F o r m d e s P a r l a m e n t a r i s m u s s e i n, e i n e s P a r l a m e n t a r i s m u s, d e r n u r d i e K a r i k a t u r e i n e r V o l k s h e r r s c h a f t i s t. E i n B u n d e s p r ä s i d e n t a u s d e m V o l k, f ü r d a s V o l k u n d d u r c h d a s V o l k s e l b s t g e w ä h l t k ö n n t e e i n e s o l c h e R e f o r m a n H a u p t u n d G l i e d e r n a n s t o ß e n. D i e Z e i t d a f ü r i s t r e i f.“



Dr. Johannes Müller, MdL

Damit wird sich der amtierende Bundespräsident seinen Vorschlag vermutlich abschminken können. Denn Zustimmung von der nationalen Opposition gilt bei den tonangebenden Kreisen der Bundesrepublik bekanntlich als „Beifall von der falschen Seite“. Wie töricht: Als ob es darauf ankäme, wer etwas sagt...

### Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930

V.i.S.d.P.: Holger Apfel,  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

### 3. Oktober

## NPD-Fraktion zum „Anfassen“

Schon jetzt vormerken: Am Mittwoch, 3. Oktober 2007, findet im Sächsischen Landtag wieder ein „Tag der Offenen Tür“ statt. Zu diesem Anlaß präsentieren sich die

im Landtag vertretenen Fraktionen mit eigenen Infoständen, und Gratis-Infomaterial gibt es auch. Natürlich zeigt auch die NPD-Fraktion wieder mit ihren Abgeordneten und

Mitarbeitern Präsenz (Sächsischer Landtag, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden, Anfahrt mit Tram bis Haltestelle Theaterplatz, von dort 5 Minuten zu Fuß).

### INFO-GUTSCHEIN

Vorname \_\_\_\_\_  
Name \_\_\_\_\_  
Straße/Haus-Nr. \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon \_\_\_\_\_  
ePost \_\_\_\_\_  
Beruf \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_

Bitte schicken Sie mir kostenlos

- ein Informationspaket
- regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- die Info-Broschüre „Die demographische Katastrophe stoppen!“
- die Info-Broschüre zur Mittelstandspolitik der NPD-Fraktion
- die Info-Broschüre „Rückkehrpflicht statt Bleiberecht“
- die Info-Broschüre „Patriotismus und nationale Symbole“
- die Haushaltsbroschüre „Regionalwirtschaft, Arbeit und Familie“
- das Themen-Faltblatt „Stundenlohn 8,80 Euro“
- das Falblatt „Hartz IV ist keine Lösung“
- das Falblatt „Mehrwertsteuer 19% – das ist Sozialraub!“

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden  
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930

# Hüpfburg im Windschatten der Landespolitik

## 400 Gäste beim Sommerfest der NPD-Fraktion

Rund 400 Gäste konnte die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auch zu ihrem diesjährigen Sommerfest begrüßen, das am 14. Juli wieder in Roda im Muldentalkreis stattfand und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bot, sich über die Arbeit der Fraktion zu informieren.

In seiner Eröffnungsrede konnte der NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold unter anderem die brandenburgische DVU-Landtagsabgeordnete Birgit Fechner sowie weitere DVU-Mitglieder, den Bundesvorsitzenden der „Deutschen Partei“ (DP), Ulrich Pätzold, sowie weitere DP-Mitglieder, und Mitglieder der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) begrüßen.

Überlagert wurde das Muldaer Sommerfest von den jüngsten Turbulenzen im Zu-

sammenhang mit der sächsischen Korruptionsaffäre. Darauf nahm auch Fraktions-

chef Holger Apfel, MdL, in einer kurzen Ansprache Bezug und prognostizierte, daß es

für die etablierten Parteien im Freistaat ein böses Erwachen geben werde. Und: „Die NPD wird alles Mögliche tun, damit Licht in die mafiosen Strukturen kommt, die uns an Zustände einer verlotterten Bananenrepublik der Dritten Welt erinnern. Es ist an der Zeit, daß der Saustall in Sachsen mit eiserner Forke ausgemistet wird: Der Sumpf der sächsischen Polit-Mafia muß trockengelegt werden!“

Die Redebeiträge – unter anderem sprach der Schweriner NPD-MdL Michael Andrejewski – wurden immer wieder durch Musikeinlagen des beliebten Volksängers Frank Rennieke aufgelockert. Außerdem trugen eine Tombola, eine Cocktailbar und ein buntes Kinderprogramm mit Hüpfburg dazu bei, daß neben der Politik auch das Vergnügen nicht zu kurz kam.



Viel Zuspurch und gute Laune in Roda